Hamburger Abendblatt

Chefredakteure: Werner Titzrath, Fred Hansch, Josef Ollig. Chef vom Dienst: Manfred Schwarz. Planung und Sonderproduktion: Hans Wegner, Rudolf Brüning, Wolfgang Fricke (Chefreporter). Verantwortlich für den Inhalt: Politik: Günther Genske; Dr. Gisela Schoeler (Inland), Hans-Jürgen Müller (Ausland). Hamburg: Wolfgang Schmidt, Stellvertreter: Ludwig Krüger, Walter Künkler. Sport: Jürgen von Einem. Feuilleton und Film: Eberhard v. Wiese. Kulturpolitik: W. M. Herrmann. Wissenschaft und Forschung: Dr. H. L. Schrader. Mode und Frau: Liselott Alverdes, Frauke Sette. Wirtschaft: Dr. J. Pantenburg. Schiffahrt: Dipl.-Volkswirt H. H. Kroll. Allgemeines: K. Losch. Motor und Straße: Georg K. Weden. Bilder: Andreas Dauch, Sonderredaktion: Dr. Hildegard Damrow. Politische Korrespondenten: Herbert G. Haake (Bonn), Dr. Erich Hoepfner, Egbert A. Hoffmann. Bonner Redaktion: Wilhelm Stampfel. Gestaltung: Karl Gröning jr. Herstellung: Robert Klisch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hbg. 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6. Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverl. eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Verlagsleiter: Rudolph Gothner, Stellvertreter: Walter Kauls. Anzeigenleiter und verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Hoffmann. Vertriebsleiter: Walter Ewald.

Innere Führung unantastbar

Der soldatische Beruf ist in dieser Zeit, in der zum erstenmal in der deutschen Wehrgeschichte eine Wehrpflicht-Armee in einer Demokratie aufgebaut wurde, ein Beruf wie jeder andere. Er hat weder geringeren noch höheren Wert. Seine innere Würde liegt in der Tatsache, daß er in besonderer Weise staatsbürgerliche Verpflichtungen auferlegt, die ein hohes Maß an Selbstlosigkeit verlangen. Diese Selbstlosigkeit aber kann und darf nicht das Recht zur Kritik an Fehlentwicklungen ausschließen. Allerdings hat eine solche Kritik dort ihre Grenzen, wo sie an den Grundsätzen der Inneren Führung und an der Institution des Wehrbeauftragten rüttelt. General Hellmut Grashey soll in einem Vortrag vor Offizieren der Führungsakademie Blankenese diese Grenze überschritten haben.

Nun, die Szene wird sich lichten, sobald sich der Verteidigungsausschuß des Bundestages mit dem Vortrag dieses hohen Heeres-Offiziers befaßt haben wird. Dieses Gremium — und nicht etwa das Verteidigungsministerium! — ist das richtige Forum. Es ist zu hoffen, daß die Sitzung des Ausschusses nicht zu lange auf sich warten läßt. Ein schlichtes Gebot der Vernunft verlangt in der Aufgeregtheit der Stunde, die Verwirrung nicht auszuweiten wie etwa im August 1966, als die Bundeswehr so schwer unter einer Führungskrise litt. General Grashey scheint auch selbst an einer schnellen Klärung interessiert zu sein.

„Bewundert oft und oft gescholten!" kann man mit Goethe über die Innere Führung sagen. Es ist schon so, daß sie als Begriff, als Forderung und als militärischer Führungsgrundsatz seit den ersten Tagen der Bundeswehr neben ehrlicher Anerkennung im In- und Ausland auch allzu oft einer scharfen und nicht immer sachlichen Polemik ausgesetzt war. Natürlich muß die Innere Führung stets kritisch bedacht werden, auch und erst recht von Soldaten. Die Innere Führung ist dem Wandel unterworfen, sie ist ein dynamischer Prozeß. In der Gestaltung dieses Prozesses und nicht etwa im unfruchtbaren Streit um Definitionen und Dogmen liegt die Aufgabe und auch die Chance der Bundeswehr-Führung, in der ein Mann wie der Zwei-Sterne-General Grashey einen wichtigen Platz einnimmt.

Daß die Grundsätze der Inneren Führung auf allen Ebenen der Streitkräfte beachtet und vor allem respektiert werden, ist außerhalb der Bundeswehr die vornehmste Sorge des Mannes, den das Parlament als seinen Wehrbeauftragten eingesetzt hat. Seit fünf Jahren versieht dieses Amt der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete und Rechtsanwalt Matthias Hoogen. Sollte sich bestätigen, daß General Grashey seine Kritik in der Forderung nach Abschaffung dieses Amtes gipfeln ließ, dann sollte der Bundestag nicht zögern, in aller Öffentlichkeit und mit großer Bestimmtheit die Notwendigkeit dieser von ihm geschaffenen Institution zu unterstreichen.

Daß Hoogen seinen Auftrag, als Hilfsorgan des Bundestages zu wirken, sehr ernst nimmt, hat er immer wieder bewiesen. Seine jährlichen Tätigkeitsberichte sind Röntgenbilder der Bundeswehr, in denen sich die gesellschaftspolitischen Vorgänge und Entwicklungstendenzen in der Truppe widerspiegeln. Seine Berichte haben dazu geführt, daß Mißstände und Rückfälle ausgeräumt werden konnten. Welch großes Vertrauen gerade die Soldaten dem Amt des Wehrbeauftragten entgegenbringen, beweist die zunehmende Zahl der Briefe und Petitionen aus den Reihen der Streitkräfte. Allein im vergangenen Jahr haben sich mehr als 6500 Soldaten aller Dienstgrade mit Eingaben an den Wehrbeauftragten gewandt. Wer dieses Amt in Frage stellt, muß es sich gefallen lassen, zu den ewig Gestrigen zu gehören. Keiner der Gründe, die den Bundestag vor genau zehn Jahren bestimmten, das Amt einzurichten, ist inzwischen weggefallen.

G. G.

Hamburgs Uni-Gesetz im Kreuzfeuer der Kritik

Eigener Bericht
U.W. **Hamburg, 9. April**

Hart umstritten ist das Hamburger Universitätsgesetz, das am 14. April von der Bürgerschaft verabschiedet werden wird. Der Entwurf, vom Schulausschuß konzipiert und allen Professoren, Dozenten, wissenschaftlichen Assistenten und Studenten ins Haus geschickt, fand bei keiner Universitätsgruppe ungeteilten Beifall. Während Teile der Studentenschaft das Gesetz „ignorieren" und den Wissenschaftsbetrieb selbst organisieren wollen, erklärt die CDU, daß sie das Gesetz mit allen parlamentarischen und demokratischen Mitteln bekämpfen werde.

Der Entwurf sieht in seinen wesentlichsten Punkten vor: Nicht mehr ein Rektor, sondern ein Präsident soll an der Spitze der Universität stehen. Die Ordinarien sollen nicht mehr vorherrschend sein. Institute und Kliniken sollen von einem Institutsbzw. Klinikrat geleitet werden, der aus dem Kreis der Professoren und Oberärzte für eine begrenzte Amtszeit einen geschäftsführenden Direktor wählt.

Der Entwurf will die Universität nicht mehr in Fakultäten, sondern in leichter überschaubare und funktionsfähigere Fachbereiche gliedern. Der Lehrkörper soll sich nur noch in vier Gruppen gliedern, und zwar in Professoren und Dozenten, die man unter dem Namen Hochschullehrer zusammenfassen will, in wissenschaftliche Assistenten und entpflichtete nicht hauptamtlich an der Universität arbeitende Wissenschaftler. Keine dieser Gruppen soll in den Universitätsgremien über die Mehrheit verfügen.

Im Universitätskonzil als großer Dachorganisation sieht der Entwurf die Drittelparität vor. Es soll aus 40 Professoren, 40 Studenten, 20 Dozenten, 20 wissenschaftlichen Assistenten und 10 nichtwissenschaftlichen Bediensteten der Universität bestehen. Das erste Konzil will man bereits am 1. Mai dieses Jahres wählen.

Der Entwurf schlägt vor, freie Lehrstühle künftig öffentlich auszuschreiben. Größerer Wert als früher soll fortan auf die pädagogischen und didaktischen Fähigkeiten eines Hochschullehrers gelegt werden.

Nach Möglichkeit soll das neue Hochschulgesetz auch die von allen dringend geforderte Studienreform vorantreiben. Man denkt hierbei an Prüfungsordnungen mit gestrafften und auf das Wesentliche gerichteten Studiengängen. Teilabschlußprüfungen sollen möglich sein. Was die von der Universität geforderte Autonomie anbelangt, so zieht der Entwurf Grenzen. Der Staat behält sich Eingriffs- und Einspruchsmöglichkeiten vor. Die Universität soll jedoch ihre Interessen vor den politischen Gremien selbst vertreten dürfen.

Die CDU faßt ihre Eindrücke über den neuen Entwurf sehr kraß und überspitzt in zwei Sätzen zusammen: „Die Hamburger Universität ist nicht in der Lage, ihre Angelegenheiten selbst wahrzunehmen. Die Angelegenheiten der Universität werden durch die Hochschulabteilung wahrgenommen."

Die CDU ist der Ansicht, daß durch staatliche Eingriffe die Freiheit von Lehre und Forschung nicht gewährleistet sei. Sie bezeichnet den Präsidenten nicht als einen Vertrauensmann der Universität, sondern als einen Staatskommissar. Auch in Berufungsfragen habe der Staat zu viele Eingriffsmöglichkeiten.

Aktion gegen Straßendreck

Fortsetzung von Seite 1

stünden genügend Kräfte zur Verfügung. Zur Bewältigung des Notfalls aber, wie er jetzt eingetreten ist, reichten die Arbeitskräfte nicht aus. Herfurth: „Ich habe mir schon überlegt, ob man einen Appell an die Bürger richten soll. Doch wir haben, als es um die Beseitigung des Schnees ging, die Mithilfe der Einwohner schon so sehr in Anspruch nehmen müssen, daß ich jetzt nicht gerne erneut mit einem Appell an die Öffentlichkeit treten möchte. Aber wenn ich eine Bitte aussprechen darf: Es wäre schön und für das Ansehen unserer Stadt sehr nützlich, wenn die Hamburger auf den Bürgersteigen vor ihren Häusern selbst ein wenig mit zupacken könnten, um Streumaterial und Schmutz zu beseitigen."

Ein anderer Mißstand macht der Stadtreinigung sehr zu schaffen: Papierkörbe, zur Ablage kleinerer Dinge gedacht, werden immer mehr dazu mißbraucht, ganze Ladungen an täglichem Abfall aus den Wohnungen loszuwerden. Bei den überquellenden Papierkörben weht auch hier der Wind Vieles auf die Straßen. Auch dazu eine Bitte der Stadtreinigung: Papierkörbe nicht zum Abladen von Müll benutzen.

Abseits der Gespräche ...

Der starke Mann von Südvietnam, General Ky, der Vizepräsident des Landes, ist wieder in Paris bei den Friedensgesprächen dabei. Nach den Verhandlungen: Erholung bei einem Spaziergang mit Madame Ky.

Ostpolitik zentrales Thema der NATO-Tagung

Brandt in USA / Heute abend „Deutschland"-Essen

Deutsche Presse-Agentur - ap
Washington/Ottawa, 9. April

Bundesaußenminister Willy Brandt ist gestern abend in Washington eingetroffen und hat bereits heute vormittag seine politischen Gespräche mit US-Außenminister Rogers aufgenommen. Heute abend treffen sich die Außenminister der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik zu ihrem traditionellen Deutschland-Essen. Morgen beginnt die zweitägige Jubiläumssitzung der NATO.

Im Mittelpunkt der verschiedenen Themen, die von den NATO-Außenministern angeschnitten werden, steht zweifellos der sich langsam abzeichnende Dialog zwischen Wahsington und Moskau. Schon heute abend auf dem Arbeitsessen soll angesprochen werden, in welcher Form die Amerikaner gegenüber den Sowjets die Deutschland- und Berlin-Frage zur Sprache bringen sollen. Von Präsident Nixons Rede am Donnerstag im Auditorium des Handelsministeriums, wo am 4. April vor 20 Jahren der Atlantische Verteidigungspakt unterzeichnet wurde, werden Hinweise auf die zukünftige Rolle der NATO im Zusammenhang mit den amerikanisch-sowjetischen Kontakten erwartet.

Mit diesen Fragen steht in engem Zusammenhang die von den Warschauer Pakt-Staaten angestrebte europäische Sicherheitskonferenz. Auch hiermit wird sich die NATO-Tagung befassen müssen. Der Aufruf von Budapest zur Einberufung einer Sicherheitskonferenz soll zunächst genau analysiert werden.

Dazu meinte Willy Brandt vor seinem Abflug nach Ottawa erstmalig Angaben über Einzelheiten seines Gesprächs mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin in Bonn. Brandt erklärte, Zarapkin habe nicht mit einer europäischen Sicherheitskonferenz, wie sie Moskau neuerdings wieder anstrebt, irgendwelche Vorbedingungen verknüpft. Der Warschauer Pakt hatte als Voraussetzung die Anerkennung zweier deutscher Staaten und West-Berlins als separate Einheit verlangt.

Brandt erklärte, daß die Sowjets nicht streng darauf bestünden und daß über diese Frage zunächst gesprochen werden müsse. Selbstverständlich müßten an einer solchen Konferenz, die die militärische Konfrontation in Europa überwinden und ein Sicherheitssystem schaffen soll, Amerika und Kanada teilnehmen.

Der deutsche Vizekanzler äußerte sich sehr zurückhaltend über die Pläne Kanadas, seine Truppen in Europa zu reduzieren. Er vermied jede Kritik, sondern bezeichnete den kanadischen NATO-Beitrag als psychologisch sehr wichtig. Eine Verminderung der Truppenstärke könne eine Kettenreaktion innerhalb des Bündnisses auslösen und dann im Osten völlig falsch verstanden werden.

Weitere politische Informationen auf Seite 15

„Vertraulich"

Deutsche Presse-Agentur - ap
Bonn/Berlin, 9. April

Strenges Stillschweigen wahrt das Auswärtige Amt über die fast zweistündige Unterredung zwischen Staatssekretär Duckwitz und Sowjetbotschafter Zarapkin. Ein Sprecher teilte lediglich mit, zwischen den Gesprächspartnern sei Vertraulichkeit verabredet worden.

Verabredet worden war die Begegnung schon bei der letzten Aussprache zwischen Außenminister Brandt und Zarapkin kurz vor Brandts Abreise nach Kanada und zur NATO-Ratssitzung nach Washington. Brandt hatte Zarapkin vor allem um nähere Erläuterungen zu der von den Warschauer-Pakt-Staaten vorgeschlagenen „Europäischen Sicherheitskonferenz" gebeten.

Gestern, beim Gespräch Duckwitz — Zarapkin, soll im Mittelpunkt dagegen die deutsche Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag gestanden haben, über die es innerhalb der Großen Koalition nach wie vor beträchtliche Meinungsverschiedenheiten gibt. Insbesondere die CDU/CSU verlangt Zusicherungen über eine ungehinderte Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken, eine deutliche Verbindung zur allgemeinen Abrüstung, die Gewährleistung der Sicherheit der Bundesrepublik und keine Beeinträchtigung europäischer Einigungsbestrebungen.

DGB: „Mitbestimmung auch in den Behörden"

Gewerkschaft legt Gesetzentwurf für Hamburg vor

Eigener Bericht
ga. **Hamburg, 9. April**

Mitbestimmung für alle Arbeitnehmer beim größten Hamburger Unternehmen, dem Staat, fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), Hamburg. Gestern legte Vorsitzender Adalbert Höhne den Entwurf für ein neues hamburgisches Personalvertretungsgesetz vor. Die Forderung des DGB: Noch in dieser Wahlperiode, also bis März 1970, sollte die Bürgerschaft das neue Gesetz verabschieden.

Höhne: „Der Hamburger Staat beschäftigt über 90 000 Arbeitnehmer. Im Zeichen der Diskussion um die Mitbestimmung in der Wirtschaft muß man erkennen, daß auch in den Behörden die Personalvertreter ein Mitbestimmungsrecht erhalten müßten. Wir haben in Hamburg noch ein ständisches Recht kleinstädtischer Ordnung. Der Senat ist der letzte und entscheidende Dienstherr. Wir wollen den Senat entlasten."

Höhne nennt ein Beispiel zu geringer Einflußmöglichkeiten der Mitarbeiter in der Schulbehörde: „Die Lehrer sind bei der Schulbauplanung und anderen wichtigen Fragen praktisch ausgeschlossen. Wir wollen, daß die Praktiker auf diesen Gebieten Einfluß erhalten."

Heute wird den Bürgerschaftsfraktionen der Gesetzentwurf zugeleitet. Seine wichtigsten Punkte:

- Statt des Senats soll eine paritätisch besetzte Einigungsstelle mit einem Arbeitsgerichtsdirektor als Vorsitzenden letzte Instanz in Personalfragen sein,
- Mitbestimmung in allen personellen Fragen einschließlich der Beförderung, Abordnung und Versetzung,
- Mitbestimmung bei organisatorischen Fragen, wie der Aufstellung von Organisations- und Stellenplänen, der Auflösung oder Zusammenlegung von Dienststellen und
- Mitbestimmung bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden.

DGB-Vorsitzender Höhne hofft, daß die SPD-Fraktion sich für die Forderungen des DGB voll einsetzt. Der FDP-Fraktionsgeschäftsführer Reinhard Philipp äußerte sich zurückhaltend: „Das Personalvertretungsgesetz ist zwölf Jahre alt. Da ist es an der Zeit, Erfahrungen auszuwerten. Wir werden die DGB-Vorschläge prüfen. Die Schiedsstelle werden wir ablehnen, weil der Senat vor dem Parlament die Verantwortung trägt und deshalb auch die letzte Entscheidung haben muß."

Für die CDU-Fraktion erklärte Abgeordneter Jürgen Echternach: „Die politische Verantwortung des Senats darf nicht eingeschränkt werden. In diesem Rahmen bieten sich aber viele Möglichkeiten, die Hamburger Behördenbediensteten stärker über soziale und innerbetriebliche Angelegenheiten mitentscheiden zu lassen. Jedenfalls entspricht das geltende Personalvertretungsgesetz in vielen Punkten nicht mehr dem berechtigten Wunsch nach stärkerer Mitbestimmung."

BUNTE WELT

Öffentliche Hinrichtung

Drei zum Tode verurteilte Männer sind gestern in der kongolesischen Provinz Katanga öffentlich gehenkt worden. Das Gericht hatte sie des vielfachen Mordes für schuldig befunden. Justizministern Loango und eine große Zuschauermenge beobachteten die Hinrichtung.

Eisenhowers Testament

In Gettysburg wurde das Testament des am 28. März gestorbenen früheren USA-Präsidenten Eisenhower geöffnet. Den Großteil des Vermögens bekommt die Witwe Mamie Eisenhower. Der General hatte drei Bücher mit hohen Auflagen geschrieben. Das erfolgreichste war „Kreuzzug in Europa".

Zur Taufe nach Berleburg

König Frederik IX. und Königin Ingrid von Dänemark werden am Wochenende auf Schloß Berleburg im Wittgensteiner Land an der Taufe ihres jüngsten Enkelkindes teilnehmen. Das erste Kind der dänischen Königstochter Prinzessin Benedikte und ihres Mannes, des Erbprinzen Richard Casimir zu Sayn-Wittgenstein, soll auf den Namen Gustav Frederik Philip Richard getauft werden.

Anzeige
der spez. LKW-Verleih
38 27 76
WUCHERPFENNIG

Flottenmanöver beendet

Die sowjetischen Flottenmanöver im Nordatlantik sind beendet. Die meisten Schiffe des Verbandes sind schon wieder unterwegs in ihre Heimatbasen am Eismeer.

Fast sechs Millionen Sterilisierte in Indien

Das Programm der indischen Regierung für die Familienplanung führte bisher dazu, daß sich über 5,7 Millionen Menschen sterilisieren ließen. 80 Prozent sind Männer.

Edward Nixon lehnt ab

Edward Nixon, der 38jährige Bruder des Präsidenten, hat es abgelehnt, das Amt des Chefs der Bundesbehörde für die Entwicklungsplanung in Alaska zu übernehmen. Er gab persönliche Gründe für die Ablehnung an. Der Posten wird mit einem Jahresgehalt von 30 000 Dollar honoriert.

Edward Nixon

Gefährdetes Grenzdorf

Eine Leuchtkugel einer Zonengrenzstreife war vermutlich die Ursache eines Flächenbrandes mit Ausmaßen von mehreren Kilometern. Dabei wurde das Grenzdorf Hohnsleben im Kreis Helmstedt gefährdet. Der Wind hatte die Feuerwand auf das Dorf zugetrieben. In letzter Minute konnte die Feuerwehr das Schlimmste verhüten.

Täter büßte Finger ein

Mit dem Verlust eines Fingers mußte ein junger Mann in Rom einen versuchten Überfall bezahlen. Er hatte mit einem Schraubenschlüssel einen Tankwart niedergeschlagen. Der Tankwart konnte sich jedoch aufraffen und biß dem Angreifer einen Finger ab.

Preise, die einen Preis verdienen
Super-Angebote aus dem Supermarkt von Horten

Schinkeneisbein 500 g 1,85
Hackfleisch vielseitig verwendbar 500 g 2,15
Ochsenbein zur Suppe 500 g 2,65
Ein ganzes gegrilltes Hähnchen 1 kg Frischgewicht Stück 3,50
Geräuch. Landschinken mild gepökelt 100 g 0,95
Bajella-Bananen goldgelb 1 kg 0,98

Supermarkt-Bestelldienst Telefon: 32 73 07-09
Horten
Das Haus mit der guten Adresse: Hamburg, Mönckebergstraße Nr. 1